

RATS - UND SITZUNGSINFORMATIONSSYSTEM

Auszug - Schulentwicklungsplanung; Bezug: DS9/0201, DS9/0192, DS9/0184, DS8/2700 Drucksache wird nachgereicht Die Hauptschule (Martin Luther) und die beiden Realschulen (Bömberg, Hemberg) werden erhalten, in ihrem Bestand gesichert und entsprechend gefördert bzw. weiter ausgebaut hier: Antrag der AfD-Fraktion zur Schulentwicklungsplanung vom 10.10.2014

Sitzung:	Sondersitzung des Rates der Stadt Iserlohn		
TOP:	Ö 4		Wortprotokoll Beschluss
Gremium:	Rat der Stadt Iserlohn	Beschlussart:	ungeändert beschlossen Abstimmungsergebnis
Datum:	Di, 28.10.2014	Status:	öffentlich/nichtöffentlich
Zeit:	17:00 - 19:30	Anlass:	Sitzung
Raum:	Ratssaal des Rathauses		
Ort:	Schillerplatz 7, 58636 Iserlohn		
Drucksache:	DS9/0219 Schulentwicklungsplanung; Bezug: DS9/0201, DS9/0192, DS9/0184, DS8/2700		
Status:	öffentlich	Drucksache-Art:	Beratungsdrucksache öffentlich
Verfasser:	1. Dr. Ahrens 2. Dr. Ahrens		
Federführend:	Bürgermeister	Bearbeiter/-in:	Niebecker, Ingo

[1]

Bm. Dr. Ahrens teilt mit, dass zur Schulentwicklungsplanung zwei Beschlussvorschläge von der Verwaltung vorbereitet wurden und der Antrag der AfD-Fraktion vorliege. Zunächst werde über den Antrag und anschließend über die erarbeiteten Beschlussvorschläge Variante 1 und 2 abgestimmt. Die Variante 1 beinhalte die Errichtung einer Gesamtschule am Standort Bömberg und einer Sekundarschule am Standort Hemberg (bei zeitlich befristeter Nutzung des Standortes Wiesengrund). Die Variante 2 sehe zwei Sekundarschulen an den Standorten Hemberg sowie Bömberg (bei zeitlich befristeter Nutzung des Standortes Wiesengrund) vor.

Rm. Tigges übt scharfe Kritik am Diskussionsfluss im Vorfeld der Sitzung. Die CDU-Fraktion sei mit dem Vorgehen nicht einverstanden. Am Donnerstag vor der Sitzung habe man von dem Vorhaben eine Gesamtschule am Standort Bömberg zu errichten erfahren. Das dazugehörige Gutachten sei am Freitag den Fraktionen zur Verfügung gestellt worden. Die Drucksache ohne Beschlussvorschlag wurde den Ratsmitgliedern erst am Montag zur Verfügung gestellt. Rm. Tigges bittet Bm. Dr. Ahrens um eine Empfehlung hinsichtlich der Varianten des vorgelegten Beschlussvorschlages.

Beide Varianten des vorgelegten Beschlussvorschlages entsprechen aus Sicht von Bm. Dr. Ahrens einer tragfähigen und zukunftsfähigen Schullandschaft. Beide Varianten ermöglichen ein zweigliedriges Schulsystem. Damit werde der Weg zur Gestaltung der Schullandschaft beschritten.

Rm. Axourgos teilt mit, dass der Rat der Stadt aus Sicht der SPD-Fraktion drei wichtige Signale nach außen senden sollte. Zunächst die Ablehnung des abstrusen AfD-Antrages mit einer breiten Mehrheit. Der Antrag sei keine Alternative. Der Schüler und Elternwille werde gar nicht berücksichtigt genauso wie die Wünsche und Sorgen der betroffenen Schulen keine Berücksichtigung finden. Der Rat der Stadt wäre gut beraten, den Weg eines zweigliedrigen

Schulsystems zu gehen und den Beschluss zu fassen. Das Gymnasium auf der einen Seite und die Schule des gemeinsamen längeren Lernens auf der anderen Seite. Sowohl die Variante 1 als auch die Variante 2 gehen in die richtige Richtung. Nicht minderwichtig ist für die SPD-Fraktion der Elternwille. Keine Entscheidung wird ohne das Votum der Eltern getroffen und keine Möglichkeit wird den Eltern vorenthalten. Und genau dies sei die Schwäche der Variante 2, denn die Errichtung von zwei Sekundarschulen würde bedeuten, dass die Eltern nicht in einer förmlichen Elternbefragung über die bekannte und etablierte Schule des längeren Lernens abstimmen können. Die SPD-Fraktion sieht in der Variante 1, eine Gesamtschule und eine Sekundarschule, eine tragfähige Zukunft und dankt dem Bm. Dr. Ahrens ausdrücklich für die Bemühungen hier einen Konsens zu erzielen.

Rm. Prof. Dr. Müller erklärt, die Tatsache, dass die drei Bundesländer Bremen, Berlin und Hamburg bei Bildungserhebungen hinten liegen, zeige, dass Multikulti und Bildung nicht immer ganz kompatibel sei. Wie aus der letzten Bildungserhebung erkennbar, weisen auch die Schüler/innen aus NRW erhebliche Schwächen in Mathematik und den Naturwissenschaften auf. Die Bildung sei bereits den Bach runter gegangen. Die vorgeschlagenen Schulformen passen aus Sicht der AfD-Fraktion nicht zusammen und haben unterschiedliche Lerngeschwindigkeiten. Der Elternwille als alleinige Entscheidungsinstanz werde gerade da fragwürdig, wo die geringe Leistungsfähigkeit der einen Schüler dem Leistungswillen der anderen Schüler konterkariert. Die Freiheit des einen habe dort die Grenzen, wo die Freiheit des anderen beginnt. Man könne keine homogenen Strukturen mit unseren heterogenen Strukturen vergleichen. Durch frühzeitige Förderung dürfte auch die Hauptschule kein Modell sein was ausläuft, sondern fortschrittfähig sein. Rm. Prof. Dr. Müller beantragt über den Antrag der AfD-Fraktion geheim abzustimmen.

Rm. Olbrich-Tripp erläutert, dass die Realschule am Bömberg Schwierigkeiten habe und nach Lösungsmöglichkeiten gesucht wurde. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen könne sich allerdings nicht mit dem Standort Bömberg für eine zweite Gesamtschule anfreunden. Nach reiflicher Überlegung könne sich daher nicht der Variante 1 angeschlossen werden.

Rm. Herbers kritisiert das Verhalten der AfD-Fraktion. Es sei eine Missachtung des Rates und demokratischer Prinzipien. Die AfD-Fraktion habe im Vorfeld geschwiegen und nicht an dem interfraktionellen Austausch teilgenommen. Die Aussage, dass eine Schwäche des Bildungssystems darin begründet sei, dass hier Menschen mit Migrationshintergrund leben, sei völlig indiskutabel. Da es eine bessere Alternative als die Hauptschule gibt, haben sich die Eltern nach und nach gegen diese Schulform entschieden. Die UWG-Piraten Fraktion begrüße die Variante 1, da sie den Eltern die Möglichkeit der Entscheidung überlassen möchte. Die Gesamtschule am Bömberg hätte eine überschaubare Größe mit 4 Zügen.

Rm. Schmitt fragt die Verwaltung, ob es Lösungsansätze bzw. Ideen gebe, um der zu erwartenden verkehrlichen Problematik am Bömberg entgegenzuwirken. Herr Janke antwortet, dass es sich bei dem Gutachten des Büros Trompeter um eine Massenstudie handele. Das Gutachten habe zunächst beantwortet wie Gebäudekörper auf dem Gelände untergebracht werden können. Es sei richtig, dass zu diesem Zeitpunkt keine verkehrliche Erschließung einer solchen Schule berücksichtigt werden konnte. Die Anfahrts- und Abholsituation an entsprechenden Stoßzeiten sei bei Schulen in einem Umfeld der Wohnbebauung problematisch. Es müssten Lösungen gefunden werden.

Rm. Köpke sagt, dass sich eine zweite Gesamtschule in Hennen leider nicht realisieren ließ, aber heute eine zweite Chance bestünde, die Gesamtschule einzurichten. Die Räumlichkeiten an der Hauptschule am Wiesengrund könnten mit genutzt werden und die Kosten eingespart werden.

Rm Ruhnert betont, dass sich der Rat der Stadt dafür ausgesprochen habe, mehr Gesamtschulplätze zu schaffen. Die Realität sei allerdings immer noch so, dass Schüler/innen abgewiesen werden müssen. In einer zukünftigen Schulentwicklungsplanung müsse die Wahlmöglichkeit der Eltern Priorität haben. Derzeit werde sowohl an den Gymnasien als auch an der bestehenden Gesamtschule mit Sondergenehmigungen gearbeitet, um Züge bis zum Abitur zu ermöglichen, die nicht vorgesehen sind. Es sei erkennbar, dass der Bedarf gegeben sei. Es sollte

doch für die Iserlohner Eltern ermöglicht werden, ihre Kinder in der Gesamtschule in Iserlohn unterzubringen. Falls die zweite Gesamtschule nicht von den Eltern gewünscht werde, bestünde noch die Möglichkeit an den bestehenden Schulen zu operieren, bzw. die Alternative Sekundarschule zu stärken.

Rm. Dr. Jakubanis spricht sich im Namen der CDU-Fraktion für die Variante 2, die Errichtung von Sekundarschulen, aus. Es bestünde kein Problem in der Sekundarstufe II, sondern in der Sekundarstufe I, daher sei der Lösungsweg die Errichtung von Sekundarschulen. Die Schulform sei hinsichtlich ihrer Flexibilität und ihrer gymnasialen Standards das geeignete Patentrezept der Landesregierung. Das einzig demokratisch legitimierte Gremium der Elternschaft sei die Stadtschulpflegschaft. Dieses Gremium habe sich eindeutig für die Sekundarschulen ausgesprochen. Der Gutachter Herr Dr. Rösner habe auch Zweifel an einer zweiten Gesamtschule. Die CDU-Fraktion sei durchaus für das gemeinsame längere Lernen, allerdings sollten auch die Kosten in Höhe von 16 Mio. € für die Errichtung einer Gesamtschule am Bömberg nicht vernachlässigt werden. Außerdem seien unzählige weitere Maßnahmen nicht in den Kosten enthalten. Rm. Dr. Jakubanis ist der Meinung, dass mit der zweiten Gesamtschule eine Resteschule geschaffen werde. Des Weiteren sagt Rm. Dr. Jakubanis, die Elternbefragung sei ein verbindliches Anmeldeverfahren lediglich eines Jahrgangs. Ein Jahrgang könne dann über die nächsten 30-50 Jahre Schulstruktur entscheiden. Außerdem sollten solche Entscheidungen zuerst im Schulausschuss beraten werden.

Auf Nachfrage von Rm. Tigges hinsichtlich der zu erwartenden Kosten führt Herr Kowalski aus, dass die Kosten für die Errichtung einer Sekundarschule am Doppelstandort Bömberg/Wiesengrund mit 3,9 Mio. € ausgewiesen wurden. Eine Gesamtschule an dem Doppelstandort sei mit 11,4 Mio. € und der Einzelstandort Bömberg/Wiesengrund sei mit 16,7 Mio. € angegeben. Das Gesamtpaket der mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für den weiterführenden Bereich beinhalte noch die Aufwendungen an den Standorten Hemberg Sekundarschule, Letmathe und Oberstufengebäude Nußberg. Daraus ergibt sich für den Doppelstandort Bömberg/Wiesengrund als Sekundarschule ein Betrag in Höhe von 16,4 Mio. €, Doppelstandort Bömberg/Wiesengrund als Gesamtschule 23,9 Mio. € und Einzelstandort Bömberg als Gesamtschule 29,2 Mio. € ohne Einrichtung oder Aufwendungen für Straßenbau.

→ Kämmerer
d. A.

Herr Kowalski antwortet auf Nachfrage von Rm. Mohr, dass die Einsparungen der Grundschule Wiesengrund, die durch Nutzung der Räumlichkeiten der Hauptschule Wiesengrund entstehen, nicht kalkuliert wurden.

Auf Nachfrage von Rm. Herbers stellt Bm. Dr. Ahrens klar, dass der Punkt 4 der Variante 2, die Auflösung der HS Martin Luther und der RS am Hemberg auch für Variante 1 gelte. Aus dem Umkehrschluss zu Ziffer 5, Satz 2, ergebe sich, dass der Beschlussvorschlag die Auflösung der Hauptschule Martin-Luther und der Realschule Hemberg umfasse. Diese Schulen nehmen ab dem Schuljahr 2015/2016 keine Schüler mehr auf und laufen sukzessive aus (vorbehaltlich der unter Ziffer 5, Satz 2, genannten Regelung).

Rm. Bogatzki merkt an, die Kosten im Blick zu haben. Es läge eine Differenz von 12,8 Mio. € zwischen den beiden Varianten.

Frau Brenner erklärt auf Frage von Rm. Huff hinsichtlich des Ausbaubedarfs der Gesamtschule am Nußberg unter Berücksichtigung der verschiedenen Varianten, dass die Schulverwaltung einen Anbau am Nußberg auch bei einer Errichtung der zweiten Gesamtschule oder von zwei Sekundarschulen für erforderlich hält.

Bm. Dr. Ahrens stellt den Antrag des Herrn Prof. Dr. Müller über den AfD-Antrag geheim abzustimmen gemäß § 9 Abs. 4 Geschäftsordnung zur Abstimmung:

Mehr als ein Fünftel der Ratsmitglieder stimmt für die geheime Abstimmung. Dem Antrag wird daher entsprochen.

Als Vertrauenspersonen werden für die geheime Abstimmung von der CDU-Fraktion Rm. Höche und von der SPD-Fraktion Rm. Simon benannt.

Zunächst lässt Bm. Dr. Ahrens über den Antrag der AfD-Fraktion geheim abstimmen.

Beschluss:

Die Hauptschule (Martin Luther) und die beiden Realschulen (Bömberg, Hemberg) werden erhalten, in ihrem Bestand gesichert und entsprechend gefördert bzw. weiter ausgebaut.

Abstimmungsergebnis:

12 Ja-Stimmen, 37 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Danach lässt Bm. Dr. Ahrens über die Variante 1 (eine Sekundarschule am Standort Hemberg und eine Gesamtschule am Standort Bömberg), nach mehrheitlicher Beschlussfassung über die geheime Wahl gem. § 9 Abs. 4 GeschO, abstimmen.

Beschluss:

Variante 1 (modifiziertes Konzept der Variante B aus der Drucksache DS 9/0201)

Eine Sekundarschule am Standort Hemberg und eine Gesamtschule am Standort Bömberg (bei zeitlich befristeter Nutzung des Standortes Wiesengrund):

1. Die Gesamtschule Bömberg wird ab dem Schuljahr 2015/2016 4-zügig als gebundene Ganztagschule in integrierter Form zunächst an den Standorten der jetzigen Realschule am Bömberg und der Hauptschule Im Wiesengrund (Jahrgänge 5 + 6) errichtet. Ziel ist es, die Gesamtschule ausschließlich am Standort der jetzigen Realschule Bömberg zu betreiben. Die Um- und Neubaumaßnahmen für den Betrieb an nur einem Standort (Bömberg) sind umfassend und führen zu einer überschlägigen Kostenschätzung in Höhe von 16,725 Mio. € brutto zur Erfüllung des gesamten Raumprogrammes.
2. Die Realschule am Bömberg wird aufgelöst. Sie nimmt ab dem Schuljahr 2015/2016 keine Schüler mehr auf und läuft so sukzessive aus.
3. Die Beschlüsse zu 1. und 2. stehen unter dem Vorbehalt, dass im Anmeldeverfahren 100 Anmeldungen (Mindestzahl für das Zustandekommen einer Gesamtschule) auch tatsächlich erreicht werden. Kommt die Gesamtschule auf Grund einer zu geringen Anmeldezahl nicht zu Stande, so besteht die Realschule am Bömberg fort.
4. Die Sekundarschule Hemberg wird ab dem Schuljahr 2015/2016 4-zügig als gebundene Ganztagschule in integrierter Form am Standort der jetzigen Realschule am Hemberg errichtet. Die Umbaukosten am Standort Hemberg sind überschlägig mit 1,26 Mio. € brutto veranschlagt, um das gesamte Raumprogramm für eine Sekundarschule herzustellen. Es wird ausdrücklich erklärt, dass darüber hinaus zeitnah zusätzliche Mittel bereitgestellt werden müssen, wenn dies auf Grund des pädagogischen Konzeptes notwendig ist. Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich für die Zeit des Überganges (Auslaufen einer Schule und gleichzeitig Aufbau einer neuen Schule) räumliche Konzepte zu erarbeiten. Die dafür notwendigen Kosten, z. B. Mietkosten für befristete Containerlösungen, werden im Haushalt bereitgestellt.
5. Die Beschlüsse zu 4. stehen unter dem Vorbehalt, dass im Anmeldeverfahren 75 Anmeldungen (Mindestzahl für das Zustandekommen einer Sekundarschule) auch

tatsächlich erreicht werden. Kommt die Sekundarschule auf Grund einer zu geringen Anmeldezahl nicht zu Stande, so bestehen die Hauptschule Martin-Luther und die Realschule am Hemberg fort.

6. Für den Ortsteil Letmathe wird gemäß dem Grundsatzbeschluss des Rates (Entwicklung zu einem zweigliedrigen Schulsystem) ebenfalls die Errichtung einer Schule des längeren gemeinsamen Lernens angestrebt. Die Stadt Iserlohn wird hierzu im Jahre 2016 eine Entscheidung treffen.
7. Die Verwaltung wird beauftragt, ein zeitliches und räumliches Konzept zu erarbeiten für das Auslaufen der Realschule am Bömberg, den Aufbau der Gesamtschule am Bömberg mit einer Zwischennutzung der Räumlichkeiten der Hauptschule Im Wiesengrund für die Jahrgänge 5 und 6 mindestens in den Jahren 2015/16 und 2016/17.
8. Die Verwaltung wird beauftragt, die planerischen Voraussetzungen der erforderlichen Um- und Neubaumaßnahmen zur Realisierung einer 4-zügigen Gesamtschule am Standort Bömberg zu prüfen mit dem Ziel, die baulichen Voraussetzungen für den Betrieb der Gesamtschule am jetzigen Standort der Realschule Bömberg zu schaffen.
9. Zu jeder neu entstehenden Schule werden für das Jahr 2015 Mittel in Höhe von pauschal 50.000 € für die Einrichtungsergänzung zur Verfügung gestellt. Das endgültige Einrichtungskonzept ist mit der jeweiligen Schulleitung abzustimmen, weitere Mittelbedarfe sind dann zu kalkulieren und in die Haushalte der Folgejahre einzustellen.

Abstimmungsergebnis:

27 Ja-Stimmen, 23 Nein-Stimmen

Anmerkung des Bürgermeisters:

Aus dem Umkehrschluss zu Ziffer 5, Satz 2, ergibt sich, dass der gefasste Beschluss die Auflösung der Hauptschule Martin-Luther und der Realschule Hemberg umfasst. Diese Schulen nehmen ab dem Schuljahr 2015/2016 keine Schüler mehr auf und laufen sukzessive aus (vorbehaltlich der unter Ziffer 5, Satz 2, genannten Regelung).

Online-Version dieser Seite: <http://iserlohn.sitzung-online.de/bi/to020.asp?TOLFDNR=1010674>